

Übersicht

über die vom Finanzausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 2. Sitzung am 02.12.2014 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
Öffentlicher Teil			
1.	Niederschrift über die 1. Sitzung des Finanzausschusses am 23.10.2014	anerkannt	
2.	Änderung der Zweckverbandssatzung des ZV VRS	in den nicht-öffentlichen Sitzungsteil verschoben	Einvernehmen
3.	Änderung der Unternehmenssatzung der RSAG AöR und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat der RSAG AöR	B.-Nr.: 10/14 Zustimmung	einstimmig Seite 4
4.	4. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005	B.-Nr.: 11/14 Zustimmung	einstimmig Seite 5
5.	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE Kreistagsfraktion vom 15.09.2014; Digitale Gremienarbeit / Internetauftritt des Rhein-Sieg-Kreises und Antrag der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 08.10.2014; Papierlose Kreistagsarbeit	B.-Nr.: 12/14 Zustimmung	einstimmig bei 1 Enth. Seite 7
6.	Abrechnung der Kreisumlagen Mehrbelastung Jugendamt / Mehrbelastung ÖPNV	Kenntnisnahme	
7.	Mitteilungen und Anfragen		
Nichtöffentlicher Teil			
8.	Änderung der Zweckverbandssatzung des ZV VRS	Vertagung bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses	Einvernehmen
9.	Abschluss einer Vereinbarung mit der Troikomm bzgl. der ihr zum mittelbaren Erwerb der Anteile an der EnW gewährten Darlehen sowie zur Gewinnverwendung der BRS	Kenntnisnahme	
10.	Schullandheim Gemünd	B.-Nr.: 13/14 Zustimmung	einstimmig Seite 10
11.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die in der 2. Sitzung des Finanzausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 02.12.2014 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:43 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 24.11.2014
Einladungsnachsendung vom: 26.11.2014

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jürgen Becker (Vorsitzender)
Herr Dr. Torsten Bieber
Herr Norbert Chauvistré i. V. d. Abg. Döhl
Frau Brigitte Donie
Herr Christoph Fiévet
Frau Silke Josten-Schneider
Herr Oliver Roth
Herr Josef Schäferhoff
Herr Michael Söllheim
Herr Andreas Sonntag

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Stefanie Göllner
Herr Folke große Deters
Herr Volker Heinsch
Herr Paul Lägel
Frau Cornelia Mazur-Flöer
Frau Joline Piel
Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Alexandra Gauß
Herr Ingo Steiner
Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordneter FDP

Herr Christoph Cáceres Ayllón

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordneter AfD

Herr Dr. Yorck Dietrich

2. Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Andreas Grünhage i. V. d. SkB Biber
 Frau Maria Miethke
 Herr Karl-Wilhelm Schafhaus
 Herr Dirk Schulte

Sachkundiger Bürger SPD

Herr Mario Dahm i. V. d. Abg. Hartmann

Sachkundiger Bürger GRÜNE

Herr Christian Gunkel

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Alexander Hildebrandt i. V. d. SkB Peter

Sachkundiger Bürger FUW/Piraten

Herr Rolf Böhmer

Entschuldigt fehlten:Kreistagsabgeordneter CDU

Herr Klaus Döhl

Kreistagsabgeordneter SPD

Herr Sebastian Hartmann

Sachkundiger Bürger CDU

Herr Alexander Biber

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Jürgen Peter

VertreterInnen der Verwaltung:

Frau Svenja Udelhoven	Kreiskämmerin
Frau Sabine Waibel	Leiterin des Amtes für Finanzwesen
Frau Brigitte Böker	Leiterin Büro des Landrates, Kreistagsbüro und Öffentlichkeitsarbeit (bis TOP 5)
Herr Dr. Mehmet Hasan Sarikaya	Leiter des Planungsamtes
Herr Frank Römer	Abteilungsleiter Zentrale Steuerungsunterstützung und Organisation (bis TOP 5)
Herr Frank Feldschow	Amt für Zentrale Steuerungsunterstützung
Frau Nicole Haupt	Gleichstellung (bis TOP 5)
Frau Diana Heintges	Büro des Landrates, Kreistagsbüro und Öffentlichkeitsarbeit (bis TOP 5)
Herr Christoph Demmer	Amt für Finanzwesen (Schriftführer)

2. Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	----------------------------------	--

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden zur 2. Sitzung des Finanzausschusses und rief den sachkundigen Bürger Christian Gunkel zur Verpflichtung auf. Er verlas die Verpflichtungsformel, die von Herrn Gunkel wiederholt wurde. Anschließend unterzeichneten Herr Gunkel sowie der Vorsitzende die Verpflichtungsniederschriften. Weiterhin stellte der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Abg. Dr. Bieber bat im Namen für die Fraktionen CDU und GRÜNE, den Tagesordnungspunkt 2 "Änderung der Zweckverbandssatzung des ZV VRS" im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu beraten. Außerdem teilte er mit, dass eine Beschlussfassung in Anbetracht noch offener Fragen zu der Thematik im Finanzausschuss nicht geplant sei.

Weitere Einwendungen oder Änderungsanträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

1	Niederschrift über die 1. Sitzung des Finanzausschusses am 23.10.2014	
---	---	--

Im Hinblick auf die Niederschrift über die 1. Sitzung des Finanzausschusses vom 23.10.2014 bedürfe es dahingehend einer Korrektur, dass der SkB Grünhage für den Abg. Söllheim vertreten war, so der Vorsitzende. Weitere Einwendungen lagen nicht vor. Die Niederschrift gilt mit dieser Änderung als anerkannt.

2	Änderung der Zweckverbandssatzung des ZV VRS	
---	--	--

Der Tagesordnungspunkt wurde einvernehmlich in den nichtöffentlichen Sitzungsteil verschoben.

3	Änderung der Unternehmenssatzung der RSAG AöR und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat der RSAG AöR	
---	--	--

Anmerkung des Schriftführers:

Der in nachfolgender Beschlussempfehlung genannte Anhang war Bestandteil der Nachsendung vom 26.11.2014 und ist online im Kreistagsinformationssystem über die Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises (http://session.rhein-sieg-kreis.de/bi/to0040.php?__ksinr=3939) abrufbar.

Ohne Aussprache fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr. 10/14

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Kreistag stimmt den im Anhang dargestellten Änderungen der Unternehmenssatzung der RSAG AöR zu.

2. Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.- einstimmig
Erg.:

4	4. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005	
---	---	--

Anmerkung des Schriftführers:

Der in nachfolgender Beschlussempfehlung genannte Anhang war Bestandteil der Einladung vom 24.11.2014 und ist online im Kreistagsinformationssystem über die Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises (http://session.rhein-sieg-kreis.de/bi/to0040.php?__ksinr=3939) abrufbar.

Ohne Aussprache fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr.
B.Nr.
11/14

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, die als Anhang beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005 zu erlassen.

Abst.- einstimmig
Erg.:

5	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE Kreistagsfraktion vom 15.09.2014; Digitale Gremienarbeit / Internetauftritt des Rhein-Sieg-Kreises und Antrag der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 08.10.2014: Papierlose Kreistagsarbeit	
---	---	--

Abg. Dr. Bieber dankte der Verwaltung für das vorliegende Umsetzungskonzept. Er bat um Abstimmung des Antrages der CDU und GRÜNE Kreistagsfraktionen mit Ausnahme der Punkte 3 "Anliegenmanagement" und 5 "Einrichtung eines WLAN-Netzwerkes", da hierzu noch Klärungsbedarf bestehe. Hierzu erwarte er im Rahmen der Haushaltsberatungen weitere Informationen. Hinsichtlich des Anliegenmanagements erkundigte er sich, ob hierzu auch zeitnähere Lösungen, ggfls. unter Einbeziehung externer Dienstleister, denkbar seien. Weiterhin interessierten ihn für die digitale Gremienarbeit günstige Möglichkeiten zur Sicherstellung mobiler Internetverbindungen bis zum Abschluss der Brandschutzsanierung, die eventuell mit Hilfe eines Sponsors umgesetzt werden könnten.

Abg. große Deters schlug zum Thema papierlose Kreistagsarbeit vor, nur den Mitgliedern des jeweiligen Ausschusses die Sitzungsunterlagen in Papierform zur Verfügung zu stellen und allen anderen Abgeordneten die Sitzungsunterlagen in digitaler Form zukommen zu lassen. Zu der Variante B fragte er, ob auch ohne den Einbau eines WLANs in den Sitzungsräumen mit der neuen Software ein schneller Download der Sitzungsunterlagen möglich sei.

Abg. Cáceres-Ayllón begrüßte das Konzept der Verwaltung und forderte dessen Umsetzung mit möglichst wenig zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen. Er stellte die Frage, ob geprüft worden sei, das Konzept im Rahmen eines Projektes in Zusammenarbeit mit einer Fach- oder Hochschule zu realisieren.

Abg. Steiner plädierte dafür, die endgültige Variante in Form eines externen WLANs erst nach Abschluss der Brandschutzsanierung zu realisieren und bis dahin ein öf-

2. Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

fentlich zugängliches LTE Netzwerk in Zusammenarbeit mit der Telekom, wie es auch die Stadt Solingen umgesetzt habe, im Bereich des Erdgeschosses und 1. Obergeschoss aufzubauen. Im Hinblick auf das Anliegenmanagement bat er um eine schnelle Umsetzung und schlug einen Erfahrungsaustausch mit Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis, die bereits eine entsprechende Software nutzen, vor.

Herr Feldschow erklärte, nach einer Begehung der in Frage kommenden Räume mit einer Fachfirma sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass für eine übergangslose WLAN-Durchdringung der Vielzahl von großen Räumen eine Technik wie in der Vorlage aufgeführt anzuwenden sei. Ob ein LTE Netzwerk die gleiche Leistung erbringen könne, sei angesichts der vielen dicken Betonwände und -decken fraglich. Da für den Download der Sitzungsunterlagen über die neue App große Datenmengen bewegt würden, sei ein WLAN-Netzwerk einer UMTS-Karte, die ggfs. nur ein begrenztes Datenvolumen bereit stelle, vorzuziehen.

Herr Römer bezifferte die Kosten für den Kauf und die Implementierung der Anliegenmanagementssoftware auf rund 20.000 €, was aus finanziellen und personellen Gründen zunächst verschoben worden sei. Mit Verweis auf einen möglichst geringen Finanz- und Personaleinsatz stellte er heraus, dass mit der Variante B ein erster Einstieg in das Thema papierlose Gremienarbeit kurzfristig erfolgen und im weiteren Verlauf angepasst werden könne.

Frau Böker hob hervor, dass allen Abgeordneten im Hinblick auf weiter zu beratende Beschlüsse ein umfassender und gleicher Informationsstand zur Verfügung stehen müsse. Im Übrigen sei die Erstellung eines Konzeptes zur Neugestaltung des Internetauftritts des Rhein-Sieg-Kreises durch eine Fach-/ Hochschule angesichts des Zeitrahmens verworfen worden. Die Verwaltung bevorzuge eine Agentur, die mit den speziellen Anforderungen eines Kreises an dessen Internetauftritt vertraut sei.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass zunächst eine kostengünstigere Übergangslösung für den Aufbau mobiler Internetverbindungen, z. B. ein öffentliches WLAN, geprüft werden solle, um im Rahmen der Brandschutzsanierung keine doppelten Kosten zu verursachen, und dass für das Anliegenmanagement eine zeitnähere Lösung als 2017 im Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen gefunden werden solle.

Abg. Otter erkundigte sich nach dem zusätzlichen Nutzen der Software "Mandatos", da Sitzungsunterlagen im PDF-Format derzeit schon verfügbar seien. Für den laufenden Betrieb und die Aktualisierung des neuen Internetauftritts halte er entsprechende Personalressourcen für absolut notwendig, da ansonsten die einmaligen Einrichtungskosten für den neuen Internetauftritt umsonst seien.

SkB Grünhage fragte nach, ob durch die Verwaltung die Mobilfunkausleuchtung in den Sitzungssälen überprüft worden sei.

Abg. Göllner konkretisierte den Vorschlag des Abg. große Deters, nur den Ausschussmitgliedern die Sitzungsunterlagen in Papierform bereit zu stellen und den weiteren Abgeordneten die Unterlagen in digitaler Form zukommen zu lassen. Dabei verwies sie auf den "Pressespiegel des Rhein-Sieg-Kreises", über den die Pressemitteilungen digital zur Verfügung gestellt würden.

Abg. Steiner betonte, die WLAN-Lösung der Verwaltung solle aus seiner Sicht erst nach Abschluss der Brandschutzsanierungen umgesetzt werden. Bis dahin könne

eine einfachere Lösung, z. B. durch die Einrichtung eines öffentlichen WLANs mit Hilfe eines Anbieters, ausreichend sein. Weiterhin warb er für einen Austausch unter den Fraktionen, um zu klären, welche technischen Möglichkeiten jeweils vorhanden seien, damit anschließend günstige Lösungen für alle Fraktionen gefunden werden könnten.

Abg. Waldästl schlug vor, das bestehende Kreistagsprogramm "Session" dahingehend einzurichten, dass es automatisch Emails mit einer Erinnerung an den Download von Sitzungsunterlagen an Abgeordnete versende, was die Stadt Sankt Augustin so praktiziere.

Herr Feldschow erklärte, mit der "Mandatos"-App könne der Anwender die Sitzungsunterlagen herunterladen und auch Notizen oder Kommentare, z. B. mit Hilfe eines Tablet PC, an den Sitzungsunterlagen dauerhaft anbringen. Dadurch könne vollständig auf Papier verzichtet werden. Die Verwaltung habe die Mobilfunkausleuchtung im Kreishaus mit den Netzen der großen Mobilfunkanbieter überprüft und sei zu dem Ergebnis gelangt, dass der Empfang sehr unterschiedlich sei. Sofern mehrere Nutzer kurzfristig Unterlagen herunterladen müssten, verfüge einzig ein WLAN über ausreichend Kapazitäten. Eine Überprüfung und Anpassung der zum Teil bestehenden WLAN-Netzwerke der Fraktionen in den Bereichen der Besprechungsräume könne eine Zwischenlösung darstellen.

Hinsichtlich des Vorschlags zur Bereitstellung von teils digitalen und teils papiergebundenen Unterlagen erklärte Herr Römer, dass es sich hierbei um ein organisatorisches Problem handele, welches unter den Teilnehmern der digitalen Gremienarbeit geklärt werden müsse. Er sagte die Prüfung des Vorschlages zu.

Abg. Dr. Bieber hielt eine zeitnahe Einführung der Software zum Anliegenmanagement für erforderlich und bat die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen um eine Stellungnahme zur Einführung dieser Software und der Installation eines öffentlichen WLAN-Netzwerks.

Der Vorsitzende stellte den vorliegenden Antrag der Fraktionen CDU und GRÜNE unter Einbeziehung der von Abg. Dr. Bieber geforderten Stellungnahmen der Verwaltung sowie unter Ausschluss der Ziffern 3 und 5 des Antrags zur Abstimmung. Der Finanzausschuss fasste folgenden Beschluss:

B.-Nr.
12/14

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, im Rahmen der Haushaltsberatungen folgenden Beschluss zu fassen:

1. **Der Internetauftritt des Rhein-Sieg-Kreises wird grundlegend mit dem Ziel überarbeitet, ihn benutzerfreundlicher zu gestalten.**
2. **Soweit möglich, sollen für die Bürgerinnen und Bürger alle Serviceleistungen der Verwaltung, Formulare und Möglichkeiten der Kommunikation übersichtlich und verständlich im neuen Internetauftritt dargestellt werden.**
3. **(wurde von der Beschlussfassung ausgenommen)**
4. **Die entsprechenden Finanzmittel sind für die Haushaltsberatungen 2015/16 einzustellen. Das Entwurfskonzept für den Internetauftritt ist spätestens zum 30. Juni 2015 dem Kreisausschuss vorzustellen.**
5. **(wurde von der Beschlussfassung ausgenommen)**
6. **Um die digitale Gremienarbeit qualitativ sicherzustellen und vollständige Unterlagen zu haben, stellt die Kreisverwaltung sicher, dass alle Vorlagen,**

2. Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Anlagen, Präsentationen, Niederschriften für die Gremienarbeit vollständig und rechtzeitig im Session-Portal nach einheitlichem Muster vorliegen. Ausnahmen (z. B. umfangreiche Landschaftspläne) sind nur in begründeten Fällen zulässig.

7. Es soll geprüft werden, ob nicht auch die Gesellschaften, an denen der Kreis mehrheitlich beteiligt ist, ihre Gremienarbeit auf das o. g. Format umstellen können. Sofern keine rechtlichen oder sonstigen Gründe dagegen sprechen, werden sich die Kreisgesellschaften daran beteiligen.
8. Langfristiges Ziel ist es, durch geeignete Schnittstellen zwischen den Anwendungen der Verwaltung und den Anwendungen der Bürger, einen unkomplizierten und schnellen Austausch von Informationen zu gewährleisten. Die Verwaltung wird gebeten, dafür notwendige Informationen zu gegebener Zeit den Entscheidungsgremien vorzustellen.
9. Die Erfahrungen der Umstellungen sollen in einem Jahr der Politik dargestellt werden und über eine weitere Optimierung, ggfs. von Organisationsstrukturen beraten werden.

Abst.- einstimmig bei 1 E.
Erg.:

6	Abrechnung der Kreisumlagen Mehrbelastung Jugendamt / Mehrbelastung ÖPNV	
---	--	--

Abg. große Deters interessierte sich für die Haltung der Kommunen zur Abrechnung der Kreisumlagen Mehrbelastung Jugendamt und Mehrbelastung ÖPNV. Er bat die Verwaltung, dies bei den Kommunen abzufragen.

Kreiskämmerin Udelhoven antwortete, eine abschließende Abfrage der Haltung der Kommunen zu dem Thema sei nicht erfolgt. Gegen eine Spitzabrechnung mit den Kommunen stehe das Argument der Planungssicherheit für die Kommunen und den Rhein-Sieg-Kreis. In der Vorlage empfehle die Verwaltung, in der Haushaltssatzung auf einen Verzicht zur Spitzabrechnung hinzuweisen.

Der Vorsitzende fasste zusammen, die Verwaltung werde gebeten, eine Abfrage bei den Kommunen zu dieser Thematik durchzuführen.

7	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Im öffentlichen Sitzungsteil lagen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Ende des öffentlichen Teils